

Schulbeginn ohne Schüler.

Das Sommersemester auf dem Lande.

Morgen ist Schulanfang. Ein recht kurzes halbes Jahr beginnt, das sechste seit Kriegsbeginn. Bitten schon die vorhergehenden unter den mannigfachen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich gebracht hat, so ist das im verschärften Maße bei dem kommenden der Fall. Ein großer Teil der Schuljugend wird morgen oder doch schon in nächster Zeit die „Studien“ nicht in der Schule selbst, sondern auf dem Lande fortsetzen. Manche Klassen werden „aus Mangel an Teilnehmern“ aufgehoben werden: kurz — die Herstellung des Stundenplans und seine Durchführung wird ganz besonderen Schwierigkeiten begegnen.

Die Sommerzeit wird dabei wenig mitsprechen, um so weniger, als nach einem Ministerial-Erlaß ein Anfang um 7 Uhr ausgeschlossen ist, also alle Schulen um 8 Uhr den Unterricht beginnen.

Der vortreffliche Gedanke, unsere Großstadtkinder in den Zeiten schwierigster Ernährung aufs Land zu senden und durch Hilfeleistungen, die sie dort nach Maßgabe ihrer Kräfte tun sollen, für die Landwirtschaft zu wertvollen Helfern werden zu lassen, ist von allen Seiten aufs lebhafteste begrüßt worden. Wie es scheint, ist auch die Organisation bei den Volks- und Mittelschulen von den Gemeinden und von interessierten Vereinen in der glücklichsten Weise gefördert worden. Anders dagegen steht es mit den höheren Schulen. Hier bestehen augenscheinlich Schwierigkeiten, deren die Behörde nicht hat Herr werden können.

Im Februar schon beschäftigte sich der Kultusminister mit dieser Angelegenheit. Sein Erlaß, der bei vielen die an sich nicht unberechtigte Vermutung aufkommen ließ, daß es sich beim landwirtschaftlichen Dienst höherer Schüler um eine Art „Hilfsdienst“ handle, bestimmte dementsprechend gewisse Vergünstigungen für den Fall des Eintritts. Da sich aber die Sache bis in den März hinein verzögerte, fielen diese fort, und so blieb nur die „bringliche“ Auf-förderung an Eltern und Schüler, die Sache zu fördern.

Nun aber zeigten sich die Schwierigkeiten der Organisation. Die Forderungen der großen Grundbesitzer — auf die man in erster Linie gehofft hatte — ihnen Schüler zu stellen, blieben aus; nur die Besitzer kleinerer Güter, also die Bauern, meldeten sich. Die Behörde aber hatte von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß die Schüler sittlicher und sonstiger Gefahren wegen nur auf die großen Güter verteilt werden sollten. Sie mußte nun Schritt für Schritt auch die Versendung auf Bauerngüter zugeben. Die Beaufsichtigung durch die mitgehenden Lehrer soll nun so erfolgen, daß die Schüler ein gemeinsames Quartier beziehen, aus dem sie täglich zur Arbeit ausrücken, und daß die Lehrer tagsüber an den Arbeitsstätten inspizieren.

Noch gar nicht einheitlich geregelt ist die Organisation, die Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht setzen soll. Es sollte eine Zentrale geschaffen werden, bei der sich im Bedarfsfalle die Bauern eventuell telegraphisch melden können, um von ihr sofort Schüler zu erhalten. Leider ist die Behörde diesen Weg nicht gegangen — sie will vielmehr, daß die einzelnen Bauern sich an die Direktoren selber wenden. Ob das möglich und durchführbar ohne eine solche Zentrale ist, vermag man schwer zu beurteilen.

Insmerhin — an der Bereitwilligkeit unserer Schüler, sich am landwirtschaftlichen Dienst zu beteiligen, ist trotz dieser Schwierigkeiten nicht zu zweifeln. Wenn von beiden Seiten, auch von den Landwirten selber, im richtigen vaterländischen Sinne zusammengearbeitet wird, so wird auch das kommende Schulhalbjahr die Jungen fördern und zwar jetzt ganz buchstäblich im Sinne des alten Wortes: non scholae, sed vitae discimus!